**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
19. Rat 2014-2020
Sitzungsdatum:
29.06.2016**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 29.06.2016

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.04.2016
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung
 - 2.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 28.10.2015 aus öffentlicher Sitzung
 - 2.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 26.11.2015 aus öffentlicher Sitzung
 - 2.3 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 10.12.2015 aus öffentlicher Sitzung
3. Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Übach-Palenberg durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen
hier: Unterrichtung über den wesentlichen Inhalt des Prüfberichtes sowie über das Ergebnis der Beratung des Rechnungsprüfungsausschusses
4. Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Übach-Palenberg für das Haushaltsjahr 2013 und Entlastung des Bürgermeisters
5. Jahresabschluss 2014
6. Änderung der Bestellung eines Stellvertreters der Stadt Übach-Palenberg in das Kuratorium der Anton-Heinen-Volkshochschule
7. Änderung der Bestellung eines Stellvertreters der Stadt Übach-Palenberg in die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Kreises Heinsberg
8. Wiederwahl eines Schiedsmannes und Neuwahl seines Stellvertreters für den Schiedsbezirk II

9. Berufung eines neuen Mitgliedes in den Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg
10. 48. Änderung des Flächennutzungsplanes - Drinhausen-Süd -
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss
11. Bebauungsplan Nr. 56.2 - Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus - 5. vereinfachte Änderung
hier: Abschluss des Beteiligungsverfahrens und Satzungsbeschluss
12. Bebauungsplan Nr. 75 - Rathausplatz - 11. vereinfachte Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
13. Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB Nr. 120 - Gutenbergstraße -
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
14. Bebauungsplan Nr. 121 - Drinhausen-Süd -
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Beschluss der öffentlichen Auslegung
15. Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 3 - Mozartstraße -
hier: Abschluss des Beteiligungsverfahrens und Satzungsbeschluss
16. Zuordnung einzelner Straßen, Wege und Plätze
17. Haus- und Badeordnung des Schwimmbades (einschl. des Freibades) und der Sauna der Stadt Übach-Palenberg (Ü-Bad)
18. Vergleichsvereinbarung zwischen der Stadt Übach-Palenberg und der Kreiswasserwerk Heinsberg GmbH
19. Antrag der UWG-Fraktion gem. § 4 GeschO betr. Verstärkung der Polizeipräsenz im Stadtgebiet Übach-Palenberg
20. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 20.1 Antrag der CDU-Fraktion gem. § 4 GeschO betr. Amtsblatt der Stadt Übach-Palenberg
- 20.2 Antrag der SPD-Fraktion gem. § 4 GeschO betr. Zahlungen der Stadt Übach-Palenberg an Hartmut Urban
21. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
22. Bericht des Kämmers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg
- B) **Nichtöffentliche Sitzung**
23. Genehmigung der Niederschriften der nichtöffentlichen Sitzungen
- 23.1 Genehmigung der Niederschrift der nichtöffentlichen Sitzung vom 17.05.2016

- 23.2** Genehmigung der Niederschrift der nichtöffentlichen Sitzung vom 25.05.2016
- 24.** Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung
 - 24.1** Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 28.10.2015 aus nichtöffentlicher Sitzung
 - 24.2** Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 26.11.2015 aus nichtöffentlicher Sitzung
 - 24.3** Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 10.12.2015 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 25.** Erwerb von Anteilen einer Erbengemeinschaft
- 26.** Verschmelzung der NEW Impuls GmbH auf die NEW Service GmbH (mittelbare Beteiligung über die Kreiswerke GmbH)
- 27.** Personalangelegenheiten
 - 27.1** Ernennung eines städtischen Beamten
 - 27.2** Ernennung eines städtischen Beamten
 - 27.3** Ernennung eines städtischen Beamten
- 28.** Beschaffung eines Gerätewagen-Transport GW-T
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
- 29.** Erweiterungen zur Tagesordnung
- 30.** Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 30.1** Berufung eines neuen Mitgliedes in der Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg
hier: Informationen zum Bewerber
 - 30.2** 48. Änderung des Flächennutzungsplanes - Drinhausen-Süd -
hier: Antragsteller im Rahmen der öffentlichen Auslegung
 - 30.3** Bebauungsplan Nr. 75 - Rathausplatz - 11. vereinfachte Änderung
hier: Antragsteller im Rahmen der öffentlichen Auslegung
 - 30.4** Bebauungsplan Nr. 121 - Drinhausen-Süd -
hier: Antragsteller im Rahmen der öffentlichen Auslegung
 - 30.5** Vergleichsvereinbarung zwischen der Stadt Übach-Palenberg und der Kreiswasserwerk Heinsberg GmbH
hier: Kostenaufstellung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Wolfgang Bien	UWG	
Herr Tim Böven	SPD	
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt		CDU
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Fred Fröschen	CDU	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Karin Fürkötter	SPD	
Herr Herbert Görtz	CDU	
Herr Thomas Gottschalk	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-USPD	
Herr Walter Junker	CDU	
Herr Robert Kohlen	CDU	
Herr Frank Kozian	B'90/Die Grünen	
Herr Rene Langa	CDU	
Herr Dietmar Lux	CDU	
Herr Herbert Mlaker	FDP-USPD	
Herr Johannes Nievelstein	CDU	
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD	
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen	
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Herr Gerd Streichert	SPD	
Herr Oliver Walther	CDU	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	
Herr Artur Wörthmann	CDU	
Herr Hubert Wynands	CDU	

Abwesende Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen
Herr Sven Bildhauer	SPD
Herr Dr. Sascha Derichs	SPD

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Kämmerer Björn Beeck
Herr Justiziar Marius Claßen
Herr Verwaltungsangestellter Thomas de Jong
Herr Stadtverwaltungsrat Thomas Schröder
Herr Stadtamtsrat Herbert Söhnen
Herr Technischer Angestellter Achim Vogelheim
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek

bis Ende öffentliche Sitzung

Schriftführerin

Frau Stadtamtsrätin Kerstin Schade

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und den Vertreter der Presse.

Die SPD-Fraktion erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Die UWG-Fraktion erklärte, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung ebenfalls eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.04.2016

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 21.04.2016 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung

2.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 28.10.2015 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 28.10.2015 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

2.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 26.11.2015 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 26.11.2015 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

2.3 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 10.12.2015 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 10.12.2015

aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3. Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Übach-Palenberg durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen hier: Unterrichtung über den wesentlichen Inhalt des Prüfberichtes sowie über das Ergebnis der Beratung des Rechnungsprüfungsausschusses

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses unterrichtete den Rat über den wesentlichen Inhalt des Prüfungsberichts sowie über das Ergebnis der Beratung des Rechnungsprüfungsausschusses.

Beschluss:

Die Unterrichtung durch den Rechnungsprüfungsausschuss über den wesentlichen Inhalt des Prüfungsberichts sowie über das Ergebnis der Beratung des Rechnungsprüfungsausschusses wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4. Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Übach-Palenberg für das Haushaltsjahr 2013 und Entlastung des Bürgermeisters

Bürgermeister Jungnitsch übergab für diesen Tagesordnungspunkt die Sitzungsleitung an den ersten stellvertretenden Bürgermeister Peter Fröschen.

Die SPD-Fraktion erklärte, dass sie sich bei Punkt 2 der vorliegenden Beschlussempfehlung aufgrund der aktuell den Pressemitteilungen zu entnehmenden Vorwürfe gegen den Bürgermeister enthalten werde.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss 2013 incl. des beigefügten Lagebericht für das Haushaltsjahr 2013 wird in der als Anlage zu dieser Sitzungsvorlage bestehenden Form vom Rat gem. § 96 GO NRW festgestellt (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriften-sammlung enthalten). Die allgemeine Rücklage deckt den ausgewiesenen Jahresfehlbetrag nicht ab, so dass ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (§ 43 Abs. 7 GemHVO) verbleibt, welcher auf der Aktivseite vorgetragen wird.
2. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2013 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

zu 1: Einstimmig bei 2 Enthaltungen

zu 2: Einstimmig bei 10 Enthaltungen

(Bürgermeister Jungnitsch beteiligte sich nicht an der Abstimmung zu Nr. 2)

5. Jahresabschluss 2014

Bürgermeister Jungnitsch leitete den von ihm bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses 2014 dem Rat zur Feststellung zu (der Entwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

6. Änderung der Bestellung eines Stellvertreters der Stadt Übach-Palenberg in das Kuratorium der Anton-Heinen-Volkshochschule

Beschluss:

Folgende Änderung wird beschlossen:

Als Stellvertreter der Stadt Übach-Palenberg in das Kuratorium der Anton-Heinen-Volkshochschule wird Verwaltungsangestellter Thomas Lohren entsandt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7. Änderung der Bestellung eines Stellvertreters der Stadt Übach-Palenberg in die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Kreises Heinsberg

Beschluss:

Folgende Änderung wird beschlossen:

Als Stellvertreterin für Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek in der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Kreises Heinsberg wird Stadtoberinspektorin Monique Raeune abberufen und Stadtamtfrau Rafaela Gehlen-Nilles neu entsandt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8. Wiederwahl eines Schiedsmannes und Neuwahl seines Stellvertreters für den Schiedsamsbezirk II

Beschluss:

Für den Schiedsamsbezirk II wird Herr Norbert Riek zum Schiedsman wiedergewählt.

Für den Schiedsamsbezirk II wird Herr Gerrit Heidenreich zum stellvertretenen Schiedsmann gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9. Berufung eines neuen Mitgliedes in den Senioren- und Behindertenbeirat der Stadt Übach-Palenberg

Die Verwaltung gab die positive Stellungnahme des Vorsitzenden des Senioren- und Behindertenbeirates zur Aufnahme eines weiteren Mitgliedes zur Kenntnis.

Aus Reihen der CDU-Fraktion wurde erklärt, sie werde aufgrund der Stellungnahme der vorliegenden Beschlussempfehlung diesmal zustimmen. Jedoch bitte sie die Verwaltung um Prüfung, ob es vor dem Hintergrund der Handlungsfähigkeit des Senioren- und Behindertenbeirates nicht sinnvoll sei, die Mitgliederanzahl nach oben zu begrenzen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die UWG-Fraktion vertraten die Auffassung, dass ehrenamtliches Engagement wichtig sei und entsprechend unterstützt werden sollte. Insoweit werden sie der vorliegenden Beschlussempfehlung zustimmen.

Beschluss:

Herr Hubert Spiertz wird als Mitglied in den Senioren- und Behindertenbeirat berufen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 3 Enthaltungen

10. 48. Änderung des Flächennutzungsplanes - Drinhausen-Süd - hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss

Die Verwaltung teilte mit, dass sie aufgrund der Diskussion in der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung bzgl. eines Kreisverkehrs am Knotenpunkt L 225/ L 164 noch einmal eine konkrete verkehrstechnische Stellungnahme hierzu eingeholt habe und gab diese zur Kenntnis (die Stellungnahme ist als Anlage der Niederschrift beigefügt).

Beschluss:

- 1. Über die von der Öffentlichkeit eingegangene Stellungnahme wird entsprechend der Anlage 1.1 bis 1.2 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
- 2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Be-**

lange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Anlagen 2.1 bis 2.6 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

3. Die 48. Änderung des Flächennutzungsplanes –Drinhausen-Süd- wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

zu 1: Jeweils einstimmig

(Über die Anlagen 1.1 und 1.2 wurde einzeln abgestimmt.)

zu 2: Jeweils einstimmig

(Über die Anlagen 2.1 bis 2.6 wurde einzeln abgestimmt.)

zu 3: Einstimmig

11. **Bebauungsplan Nr. 56.2 - Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus - 5. vereinfachte Änderung
hier: Abschluss des Beteiligungsverfahrens und Satzungsbeschluss**
-

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gem. § 13 Abs. 2 BauGB weder von Seiten der Öffentlichkeit noch von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Die 5. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56.2 - Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus - wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

12. **Bebauungsplan Nr. 75 - Rathausplatz - 11. vereinfachte Änderung
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**
-

Beschluss:

1. Über die von der Öffentlichkeit eingegangene Stellungnahme wird entsprechend der Anlage 1.1 entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Über die von Seiten den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Anlagen 2.1 bis 2.5 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

3. Die 11. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 75 – Rathausplatz – wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

zu 1: 26 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

zu 2: jeweils einstimmig
(über die Anlagen 2.1 bis 2.5 wurde einzeln abgestimmt)

zu 3: 28 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen

13. **Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB Nr. 120 - Gutenbergstraße -
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss**
-

Beschluss:

1. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Anlagen 1.1 bis 1.3 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben wurden.
3. Der Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB Nr. 120 – Gutenbergstraße – wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

zu 1: Jeweils einstimmig
(über die Anlagen 1.1 bis 1.3 wurde einzeln abgestimmt)

zu 2: Einstimmig

zu 3: Einstimmig

14. **Bebauungsplan Nr. 121 - Drinhausen-Süd -
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Beschluss der öffentlichen Auslegung**
-

Beschluss:

1. Über die von der Öffentlichkeit eingegangene Stellungnahme wird entsprechend der Anlage 1.1 bis 1.2 (Anlage 1.2 mit Stand 21.06.2016) ent-

schieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Anlagen 2.1 bis 2.14 (Anlage 2.13 mit Stand 21.06.2016) entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Der Planentwurf (mit Stand 21.06.2016) zum Bebauungsplan Nr. 121 – Drinhausen-Süd - wird beschlossen (der Planentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
4. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplanes Nr. 121 – Drinhausen-Süd - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

zu 1: Jeweils einstimmig

(über die Anlagen 1.1 bis 1.2 wurde einzeln abgestimmt)

zu 2: Jeweils einstimmig

(über die Anlagen 2.1 bis 2.14 wurde einzeln abgestimmt)

zu 3: Einstimmig

zu 4: Einstimmig

15. **Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 3 - Mozartstraße -
hier: Abschluss des Beteiligungsverfahrens und Satzungsbeschluss**
-

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gem. § 13 Abs. 2 BauGB weder von Seiten der Öffentlichkeit noch von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Die 1. vereinfachte Änderung des Vorhaben- und Erschließungsplanes Nr. 3 - Mozartstraße - wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

16. Zuordnung einzelner Straßen, Wege und Plätze

Beschluss:

Die als Anlage angefügte Tabelle der Zuordnung der städtischen Straßen, Wege und Plätze wird beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

17. Haus- und Badeordnung des Schwimmbades (einschl. des Freibades) und der Sauna der Stadt Übach-Palenberg (Ü-Bad)

Beschluss:

Der Entwurf vom 31.05.2106 der Haus- und Badeordnung des Schwimmbades (einschl. des Freibades) und der Sauna der Stadt Übach-Palenberg (Ü-Bad) wird zur Umsetzung durch die Verwaltung beschlossen (der Entwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

20 Ja-Stimmen

9 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

18. Vergleichsvereinbarung zwischen der Stadt Übach-Palenberg und der Kreiswasserwerk Heinsberg GmbH

Frau Wellmann von der Rechtsanwaltsgesellschaft PricewaterhouseCoopers Legal (PWC) erklärte die Gesamtsituation wie bereits in der vergangenen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erneut wie folgt:

Die Schilderungen der Stadt Übach-Palenberg lassen die Begründung eines Vertrauenstatbestandes nicht erkennen. Dieser sei aber zwingende Voraussetzung für die Haftung der Stadt gem. § 311 BGB. Nach Einschätzung von PWC würden die Ausführungen des Kreiswasserwerkes in Bezug auf die Stadt Übach-Palenberg jedoch einen solchen Vertrauenstatbestand begründen.

In einem streitigen Verfahren wäre insoweit eine Beweisaufnahme durchzuführen, bei dem es letztlich auf die Zeugenaussagen der jeweiligen Vertreter ankommen dürfte. Hierbei obläge es sodann dem Gericht zu beurteilen, ob vor dem Hintergrund der jeweiligen Zeugenaussagen von einem Vertrauenstatbestand auszugehen sei oder nicht. Deshalb sei der Ausgang dieses Verfahrens insbesondere aufgrund der Beweiswürdigung durch das Gericht nicht vorhersehbar. Wegen der insgesamt erheblich höheren Forderung des Kreiswasserwerkes, des offenen Prozessausgangs sowie des Prozessrisikos rate die PWC zur Annahme des vorliegenden Vergleichs.

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion erklärte Frau Wellmann, dass bereits vor Einstieg in die Vergleichsverhandlungen abgeklärt worden sei, ob der vorliegende Fall im Rahmen eines Versicherungsvertrages der Stadt Übach-Palenberg abgedeckt sei. Dies sei nach Prüfung durch PWC zu verneinen gewesen.

Seitens der SPD-Fraktion wurde erklärt, dass sie dem Abschluss der Vergleichsvereinbarung nicht zustimmen werde. Der Bürgermeister habe in der Angelegenheit zumindest bis Januar/Februar 2015 ohne Beteiligung des Rates agiert.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen verwies darauf, dass allen Gesprächspartnern bekannt gewesen sei, dass für eine verbindliche Vertragsverhandlung ein Ratsbeschluss notwendig gewesen wäre. Insoweit halte sie den vorliegenden Vergleich für zu hoch.

Die UWG-Fraktion erklärte, auch sie werde gegen den Abschluss der Vergleichsvereinbarung stimmen, da der Bürgermeister zugesichert habe, keine verbindlichen Zusagen getätigt zu haben.

Die UWG-Fraktion und die SPD-Fraktion kündigten an, die Kommunalaufsicht einzuschalten, sollte der Vergleichsabschluss heute beschlossen werden.

Die CDU-Fraktion verwies auf den Ratsbeschluss vom 10.09.2015, 110.000 € für die Inanspruchnahme der Rechtsanwaltskanzlei Luther an das Kreiswasserwerk zu zahlen. Dieser Betrag sei in der Vergleichssumme von 182.000 € enthalten. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache und des unsicheren Ergebnisses eines Gerichtsverfahrens, werde sie der vorliegenden Vergleichsvereinbarung zustimmen.

Bürgermeister Jungnitsch wies den Vorwurf, ohne Beteiligung des Rates gehandelt zu haben zurück. Er habe keine Zusagen außerhalb seiner Kompetenzen getroffen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg stimmt dem Abschluss der als Anlage zu dieser Sitzungsvorlage beigefügten Vergleichsvereinbarung zu (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

18 Ja-Stimmen

12 Nein-Stimmen

19. Antrag der UWG-Fraktion gem. § 4 GeschO betr. Verstärkung der Polizeipräsenz im Stadtgebiet Übach-Palenberg

Seitens der Verwaltung wurde die schriftliche Stellungnahme der Kreispolizeibehörde vorgestellt. Insoweit wird auf die Anlage zur Sitzungsvorlage verwiesen.

Die UWG-Fraktion hielt die Stellungnahme für unrealistisch, insbesondere unter Berücksichtigung der jüngsten Presseberichte und blieb bei ihrer Meinung, dass die Polizeipräsenz im Stadtgebiet aufgestockt werden müsse.

Die FDP-USPD-Fraktion gab zu verstehen, dass das Innenministerium eine Aufstockung der Polizeikräfte plane, die Ausbildung der Nachwuchskräfte aber natürlich Zeit in Anspruch nehme.

Die SPD-Fraktion vertrat die Auffassung, die Stellungnahme lese sich grundsätzlich sachlich und nachvollziehbar, es fehle hier aber die direkte Diskussionsmöglichkeit mit einem Vertreter der Kreispolizeibehörde und bat die Verwaltung insoweit noch einmal beim Landrat anzufragen.

Im Hinblick auf diese Bitte verwies die Verwaltung jedoch auf die hohe Personalbindung, wenn in allen Stadträten des Kreises ein Vertreter der Kreispolizeibehörde vorstellig würde.

Die heutigen Diskussionsbeiträge werde die Verwaltung in die morgige Sicherheitskonferenz mitnehmen.

20. Erweiterungen zur Tagesordnung

20.1 Antrag der CDU-Fraktion gem. § 4 GeschO betr. Amtsblatt der Stadt Übach-Palenberg

Die CDU-Fraktion legte ihre Motivlage dar. Der Bürgermeister habe die Vorwürfe durch seine Erklärung vom 22.06.2016 aus Sicht der CDU-Fraktion entkräftet. Es gehe nunmehr darum, den Sachverhalt objektiv aufarbeiten zu lassen.

Die UWG-Fraktion sprach den formellen Ablauf der Prüfung durch die örtliche Rechnungsprüfung an.

Die SPD-Fraktion erklärte, dass sie gegen eine Prüfung der Angelegenheit durch die örtliche Rechnungsprüfung nichts einzuwenden habe, jedoch nach ihrer Auffassung der Rechnungsprüfungsausschuss sich mit dieser Angelegenheit gleichsam beschäftigen müsse.

Insoweit verständigte man sich auf folgenden Beschlusstext:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Übach-Palenberg beschließt, dass die örtliche Rechnungsprüfung im Hinblick auf die Presseberichterstattung, u. a. in der Geilenkirchener Zeitung vom 09.06.2016 mit der Überschrift „Wenn ein Bürgermeister Propaganda einkauft“, mit der Prüfung der gesamten Angelegenheit beauftragt wird.

Der Prüfbericht soll sodann dem Rat vorgestellt und danach dem Rechnungsprüfungsausschuss zugeleitet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

20.2 Antrag der SPD-Fraktion gem. § 4 GeschO betr. Zahlungen der Stadt Übach-Palenberg an Hartmut Urban

Bürgermeister Jungnitsch erklärte ergänzend zu seinen Ausführungen in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses folgendes:

Während seiner Amtszeit als Bürgermeister seien keinerlei geschäftliche Beziehungen der Stadt Übach-Palenberg zu der Fa. Euregioverlag, der Fa. Urban Amtsblattverlag GmbH Ulm sowie einem Herrn Kienz begründet worden.

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion bzgl. einer Wappengenehmigung erklärte Bürgermeister Jungnitsch dass es derzeit über 50 derartiger Genehmigungen gebe.

Im Übrigen sei es nunmehr geboten, die Prüfungen der örtlichen Rechnungsprüfung sowie der Kommunalaufsicht abzuwarten.

Im Nachgang hielt die SPD-Fraktion weiterhin an ihrem Antrag fest.

Dieser wurde zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Unter Bezugnahme auf die Berichterstattung in der Geilenkirchener Zeitung vom 09.06.2016 werden sämtliche Zahlungen und Sachleistungen der Stadt Übach-Palenberg, von 2009 bis heute, an Hartmut Urban bzw. an eine seiner Firmen oder die Firmen, an denen er beteiligt ist oder war, bzw. bei denen er beschäftigt ist oder war, offengelegt. In diesem Zusammenhang ist auch darzulegen, ob und welche Zahlungen an Kommunaldruck Ltd., an den Euregioverlag, an einen Herrn Uli Kienz, an Urban Amtsblattverlag GmbH Ulm und an Hyperskill gezahlt wurden.

Darüber hinaus wird detailliert darüber informiert, auf welcher vertraglichen Grundlage und für welche Leistungen Herr Urban Leistungen der Stadt erhält und erhalten hat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

21. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Seitens der Verwaltung wurde mitgeteilt, dass am 11.7.2016 um 16 Uhr eine Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung, um 17 Uhr eine Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und um 18 Uhr eine Sitzung des Rates stattfinden wird.

22. **Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg**

Insoweit wird auf die Sitzungsvorlage verwiesen.

Anfragen

Anfrage der SPD-Fraktion:

Auf Anfrage der SPD-Fraktion erklärte die Verwaltung, dass auf Anordnung der Bauordnungsbehörde des Kreises Heinsberg und in Abstimmung mit dem Straßenbaulastträger die Roermonder Straße teilweise gesperrt werden musste. Durch das Unwetter sei es dort zu einer akuten Gefahrenlage gekommen, auf die kurzfristig reagiert werden musste. Insoweit sei diese Sperrung auch nicht auf der Homepage veröffentlicht worden. Wann die Sperrung aufgehoben werden könne, stehe noch nicht fest.

Anfrage der UWG-Fraktion:

Die Anfrage hatte sich aufgrund der Anfrage der SPD-Fraktion erledigt.

Bürgermeister Jungnitsch schloss um 19.40 Uhr die öffentliche Sitzung und setzte eine Pause von 5 Minuten an.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 20.04 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin